



TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Aussprache zum Leitantrag

Titel: Gewalt gegen Ärzte eindämmen

Entschließungsantrag

Von: Dr. Christian Albring als Abgeordneter der Ärztekammer Niedersachsen
Wieland Dietrich als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Ivo Grebe als Abgeordneter der Ärztekammer Nordrhein
Dr. Petra Bubel als Abgeordnete der Ärztekammer Sachsen-Anhalt
Prof. Dr. Dr. dent. Christof Hofele als Abgeordneter der Landesärztekammer
Baden-Württemberg
Christa Bartels als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 fordert den Gesetzgeber, die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern auf, der zunehmenden Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal entgegenzuwirken.

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, die ambulant und stationär tätigen Ärztinnen und Ärzte in den neuen Straftatbestand "Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte (§ 115 StGB)" mit aufzunehmen. Das 52. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften ist am 30. Mai vergangenen Jahres in Kraft getreten. Durch die jüngste Änderung des Gesetzes Ende April haben tätliche Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienstmitarbeiter ein höheres Strafmaß erhalten. Ärzte und ihr medizinisches Personal wurden dabei nicht berücksichtigt.

Die Bundesärztekammer und die Landesärztekammern müssen die Berichts- und Meldekultur bei solchen Vorfällen verbessern. Gewalt gegen Ärzte und medizinisches Personal nimmt immer mehr zu. Der Ärztemonitor 2018 berichtet davon, dass jeder vierte Praxisarzt in seinem Berufsleben in Berührung mit körperlicher Gewalt gekommen ist. Im Schnitt kommt es an jedem Tag zu rund 280 gewaltsamen Übergriffen in deutschen Arztpraxen. Da nur jeder vierte tätliche Angriff auch zur Anzeige gebracht wird, kommen viele Täter ungeschoren davon. Vier von zehn Ärzten wurden im letzten Jahr Opfer von verbaler Gewalt. Hier kommt es mit rund 2.800 Vorfällen am Tag zu zehnmal mehr Vorfällen als bei körperlicher Gewalt.

ANGENOMMEN

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Krankenkassen und Politik sind daher auch gemeinsam gefordert, Sparmaßnahmen an die Bevölkerung bzw. die Versicherten offensiv selbst zu vertreten. Der Missbrauch der Ärzte durch das Überbringen "schlechter" Botschaften, die diese nicht zu vertreten haben, muss beendet werden.

Begründung:

mündlich

ANGENOMMEN